



VON AGRARÖKOLOGIE UND AGROFORSTWIRTSCHAFT: NEUE BEGRIFFLICHKEITEN IM NACHHALTIGKEITSSSEKTOR

SPECIAL REPORT | SEPTEMBER 2020

<https://eurac.tv/9RO7>

Mit der Unterstützung von



„Finanziert durch das Programm
INCAP der Europäischen Union“

VON AGRARÖKOLOGIE UND AGROFORSTWIRTSCHAFT: NEUE BEGRIFFLICHKEITEN IM NACHHALTIGKEITSSEKTOR

SPECIAL REPORT | SEPTEMBER 2020

<https://eurac.tv/9RO7>

Im Zuge der jüngsten Bemühungen um mehr Nachhaltigkeit sind eine Reihe neuer Fachbegriffe entstanden, darunter „Agrarökologie“, „Agroforstwirtschaft“ und „Urban Farming“.

Die Integration dieser neuen Begriffe in den Nachhaltigkeitsdiskurs hat sich rasch vollzogen – und neue Konzepte manchmal schwer fassbar gemacht.

EURACTIV.com beleuchtet in diesem Special Report einige der wichtigsten neuen Themen und Terminologien.

Der Inhalt dieser Berichts oder Veröffentlichung gibt ausschließlich die Meinung des Autors/der Autorin wieder, der/die allein für den Inhalt verantwortlich ist. Die Europäische Kommission haftet nicht für die etwaige Verwendung der darin enthaltenen Informationen.



Inhalt

.....

Agrarforstwirtschaft: Landwirte brauchen Unterstützung und Rückversicherung	4
„Conservation Agriculture“: Immer vorsichtig mit den Böden	6
Geld für „Ökosystemdienstleistungen“ = Rettung für die Biodiversität?	8
Gehört die Zukunft dem Feld auf dem Dach?	11
„Carbon Farming“ und der fehlende Zugang zum CO ₂ -Markt	14

Agrarforstwirtschaft: Landwirte brauchen Unterstützung und Rückversicherung

.....

Von: *Natasha Foote* | EURACTIV.com | translated by *Tim Steins*



Agrarforstwirtschaft lässt sich definieren als die Integration von Waldvegetation, Nutzpflanzen und/oder Vieh auf derselben Landfläche. [SHUTTERSTOCK]

Agrarforstwirtschaft: wird offenbar immer wichtiger, Der Begriff taucht nun sowohl im Green Deal auf – dem Plan der Europäischen Kommission, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen – als auch in der neuen Lebensmittelpolitik der EU, der Farm to Fork (F2F)-Strategie.

“Die Kommission wird dafür sorgen, dass diese Strategiepläne anhand solider Klima- und Umweltkriterien bewertet werden. Diese Pläne sollten zur Nutzung von nachhaltigen Verfahren wie Präzisionslandwirtschaft, ökologischem Landbau,

Agrarökologie, Agrarforstwirtschaft und strengerer Tierschutzstandards führen,” heißt es in der [Mitteilung der Kommission](#) zum Green Deal.

Ebenso wird in der [F2F-Strategie](#) festgehalten: „Mit den neuen „Öko-Regelungen“ wird eine wichtige Finanzierungsquelle zur Förderung nachhaltiger Verfahren wie Präzisionslandwirtschaft, Agrarökologie (einschließlich ökologischem Landbau), klimaeffiziente Landwirtschaft und Agrarforstwirtschaft bereitgestellt.“

Agrarforstwirtschaft lässt sich definieren als die Integration von Waldvegetation, Nutzpflanzen und/

oder Vieh auf derselben Landfläche; entweder durch Baumpflanzungen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen oder durch die Aufnahme von Landwirtschaft in bestehende Waldflächen oder Obstplantagen.

Laut der europäischen Agrarforstorganisation EURAF gibt es derzeit rund [20 Millionen Hektar](#) Agrarforstwirtschaft in der EU.

Nach [Schätzungen](#) von EURAF könnten hingegen fast 90 Prozent der europäischen Grünlandfläche mit einer Waldweidenwirtschaft genutzt werden, bei der Bäume, Futter und Weideland kombiniert werden: und

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

mehr als 99 Prozent des europäischen Ackerlandes wären für derartige Waldweiden geeignet.

Die Agrarforstwirtschaft wird sowohl in ökonomischer als auch in ökologischer Hinsicht oftmals als eine „Win-Win“-Lösung erachtet. Neben den offensichtlicheren Vorteilen des Anbaus von Bäumen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen, wie beispielsweise der gemeinsamen Produktion von Holz und Baumfrüchten, hat die Agrarforstwirtschaft auch erhebliche ökologische Vorteile. Dazu gehört ihr Beitrag zum Hochwasserschutz, zur CO₂-Bindung und -Speicherung, zur Regeneration der Böden und zur Artenvielfalt.

Die Agrarforstwirtschaft berge daher ein enormes Potenzial als Beitrag zu den Nachhaltigkeitszielen sowie den Zielen des Green Deal der EU, meint Gerry Lawson, Förster und Mitglied der EURAF. Im Gespräch mit EURACTIV.com betont er, es müsse mehr getan werden, um diese Bewirtschaftungspraxis in der gesamten EU voranzubringen.

Ein Haupthindernis für Landwirte bestehe indes in der fehlenden Garantie, dass das Pflanzen von Bäumen auf ihrem Land weder jetzt noch in Zukunft die Direktzahlungen aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gefährden könnte, so Lawson. „Dies ist ein echtes Anliegen der Landwirte,“ betont er und verweist auf die aktuellen GAP-Regelungen, die eine Begrenzung der Baumdichte auf 100 Bäume pro Hektar vorsehen.

Diese Begrenzung habe dazu geführt, dass die Landwirte vor der Einführung,

Förderung und Anwendung agrarforstwirtschaftlicher Praktiken zurückschrecken.

Ursprünglich war die Begrenzung dazu gedacht, die landwirtschaftliche Produktion zu sichern. Offensichtlich trägt sie jedoch nicht der Tatsache Rechnung, dass unter und zwischen Bäumen ebenfalls eine beträchtliche landwirtschaftliche Produktion erzielt werden kann.

Allerdings, so Lawson, haben die EU-Mitgliedsstaaten laut einem [Arbeitspapier des Europäischen Rates](#) in der neuen GAP bald völlige Flexibilität, um volle Direktzahlungen auf Feldern mit Agrarforstwirtschaft zu leisten. Diese Flexibilität sei jedoch nur unzureichend mit den Landwirten kommuniziert worden.

In Zukunft würden die Mitgliedsstaaten den Spielraum haben, „um sicherzustellen, dass landwirtschaftliche Flächen mit Agrarforstwirtschaft voll zuschussfähig sind, wenn dies aufgrund der lokalen Besonderheiten (z.B. Dichte/Art/Größe der Bäume und pedoklimatische Bedingungen) und des Mehrwerts des Vorhandenseins von Bäumen gerechtfertigt ist, um eine nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung des Landes zu gewährleisten“, heißt es in dem Papier.

Lawson fordert: „Diese Flexibilität muss den Landwirten aber auch klar kommuniziert werden. Und es muss ihnen versichert werden, dass das Pflanzen von Bäumen auf ihrem Land nicht bedeutet, dass sie finanziell abgestraft werden könnten.“

Vielmehr müsse deutlich gemacht werden, dass Engagement im Bereich Agrarforstwirtschaft unterstützt werde.

Lawson betont auch, es gebe Probleme bei der ordnungsgemäßen Überwachung der Agrarforstwirtschaft in der EU.

In Bezug auf das derzeit in der Entwicklung befindliche Nachhaltigkeitsinstrument der Kommission für landwirtschaftliche Betriebe (farm sustainability tool, FaST) müsse dafür gesorgt werden, dass das Kartierungsinstrument die Auswirkungen der landwirtschaftlich genutzten Bäume auf Nährstoffe und Treibhausgasemissionen einbezieht.

FaST soll eine weltweit führende Plattform zur Unterstützung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft auf der Grundlage von Weltraumdaten werden.

Aber: „Keines der Horizon-2020-Projekte für FaST schließt Bäume ein, was bedeutet, dass es eine große Forschungslücke gibt,“ kritisiert Lawson und fügt hinzu, dass mehr Arbeit geleistet werden müsse, um enger mit dem EU-Forschungsprojekt zusammenzuarbeiten.

Nur so könne sichergestellt werden, dass die Vorteile der Agrarforstwirtschaft in Zukunft angemessen berücksichtigt werden.

„Conservation Agriculture“: Immer vorsichtig mit den Böden

Von Gerardo Fortuna | EURACTIV.com



Das Ziel ist einfach: Die Böden sollen möglichst das ganze Jahr über bedeckt sein, um Erosion und anderen Beschädigungen vorzubeugen.
[SHUTTERSTOCK]

Obwohl sie im aktuellen Agrarsubventionsprogramm der EU nur geringfügig berücksichtigt wird, dürfte die sogenannte „konservierende Landwirtschaft“ eine zentrale Rolle in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 spielen.

Der Begriff „Conservation Agriculture“ (CA) kann leicht falsch interpretiert werden, da der Begriff „Konservierung“ oft Aktivitäten bezeichnet, die die Erhaltung und Wiederherstellung von geschädigten natürlichen Lebensräumen zur Verbesserung der Biodiversität beinhalten. Doch während die CA zwar auch die biologische Vielfalt fördern soll, dreht sie sich meist vielmehr um Fragen, die sich auf ein anderes Problem beziehen: die Schädigung der Böden.

Die organische Substanz der Böden ist durch die Intensivierung

der Landnutzung und durch Monokulturen zunehmend erschöpft, während der Einsatz schwerer Maschinen den Boden durch Bodenverdichtung zusätzlich belastet.

In der CA soll dem mit einer Reihe von landwirtschaftlichen Praktiken entgegengewirkt werden, wie beispielsweise dem Anbau einer dauerhaften schützenden Pflanzendecke auf dem Boden und dem Eintreten für ein landwirtschaftliches Produktionssystem, das auf einer vollständigen – oder zumindest teilweisen – Reduzierung des Pflügens und der Bodenbearbeitung basiert.

Laut der European Conservation Agriculture Federation (ECAF) basieren die in der CA enthaltenen agronomischen Praktiken auf drei Kernprinzipien, die gleichzeitig erfüllt werden müssen: minimale Bodenbeeinträchtigung, Erhaltung einer dauerhaften Bodenbedeckung

und Vielfalt der Anbausysteme. Die Befürworter argumentieren, diese Praktiken könnten wirtschaftliche Einsparungen für die Landwirte in Bezug auf die Energieeffizienz bringen und gleichzeitig zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Agrarsystems mit Blick auf den Klimawandel beitragen.

Unter den CA-Praktiken sind Direktsaat und Bodenbedeckung („Groundcover“) die bekanntesten. Bei der Direktsaat werden die Pflanzen gesetzt, ohne den Boden zuvor zu bearbeiten. Zu Letzterem zählen sonst übliche Praktiken wie Pflügen, Lockern und Wenden.

Obwohl Direktsaat (und auch das Pflanzen mit reduzierter Bodenbearbeitung) dazu beitragen können, Erosion zu verhindern, haben sich diese Praktiken in Europa bisher nur schleppend

Fortsetzung von Seite 6

durchgesetzt: Nach Angaben der Europäischen Kommission werden „reduzierte Bodenbearbeitung“ oder „konservierende Bodenbearbeitung“ aufgrund 21,6 Prozent des Ackerlandes in der EU praktiziert, während Direktsaat nur auf vier Prozent des landwirtschaftlichen Nutzbodens angewendet wird.

In einer im vergangenen März eingereichten [parlamentarischen Anfrage](#) stellte die bulgarische Europaabgeordnete Atidsche Bajrjamowa Aliewa-Weli der EU-Exekutive die Frage, ob sie künftig die Einführung der Direktsaattechnik fördern werde, indem derartige Praktiken als „grüne Maßnahme“ in der neuen GAP nach 2020 gelistet werden. Aus Sicht der liberalen Parlamentarierin „ist die Direktsaattechnologie ein Ansatz, der als eine regenerative Form der Landwirtschaft gefördert werden sollte. Eine Form der Landwirtschaft, die nicht nur hohe Erträge, sondern gleichzeitig auch die Bodenregeneration gewährleistet.“

In ihrer Antwort an Aliewa-Weli erkannte die Kommission die umwelt- und klimabezogenen Vorteile der „Verringerung mechanischer Störungen“ der Böden an und fügte hinzu, dass die GAP bereits spezifische Praktiken zum Schutz des Bodens vor Degradation unterstütze, darunter minimale oder gar keine Bodenbearbeitung, die Erhaltung von Ernterückständen und auch abdeckende Pflanzen.

Ziel ist es, die Böden möglichst

das ganze Jahr über bedeckt zu halten, sei es mit Rückständen der Nutzpflanzen oder mit Zwischen- bzw. speziellen „Deckpflanzen“. Solche „Deckkulturen“ gelten als effizient bei der Reduzierung von Boden- und Nährstoffverlusten.

In der gesamten EU waren im Winter 2010 rund 44 Prozent der Ackerfläche mit normalen Winterkulturen, fünf Prozent mit Deck- oder Zwischenfrüchten und neun Prozent mit Pflanzenresten bedeckt, während 25 Prozent als nackter Boden belassen (und 16 Prozent der Ackerfläche nicht erfasst) wurden.

CA IN DER GAP

Schon im aktuellen Agrarsubventionsprogramm der EU wurde eine Reihe CA-relevanter Maßnahmen in die Politik zur ländlichen Entwicklung – der zweiten Säule der GAP – aufgenommen. Die Mitgliedstaaten und Regionen können diese Maßnahmen je nach ihren spezifischen Bedürfnissen und Prioritäten in ihre ländlichen Entwicklungsprogramme aufnehmen.

Einige Aspekte im Zusammenhang mit den Hauptprinzipien der „konservierenden Landwirtschaft“ wurden auch im Rahmen des EU-Forschungsprogramms Horizon2020 und der Europäischen Innovationspartnerschaft für Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft unterstützt.

Der tatsächliche Fortschritt bei der Einführung von CA wird jedoch erst in der GAP-Reform nach 2020 erwartet: Derartige „konservierende“ Landwirtschaftspraktiken dürften im Streben nach einer „grünen Architektur“ des Programms besonders gefördert werden, insbesondere im Rahmen der sogenannten „Eco-Schemes“.

Eco-Schemes sind im Rahmen der GAP-Direktzahlungen verfügbar. CA-Praktiken werden in drei von zehn „Guten landwirtschaftlichen und ökologischen Bedingungen“ der neuen Eco-Schemes geführt und umfassen Rotation, Nichtpflügen, Bodenbedeckung, Winterkulturen und Fruchtfolge.

Die Eco-Schemes zielen darauf ab, Landwirte dafür zu belohnen, dass sie bei der Umsetzung nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken voranschreiten und über die ohnehin festgelegten obligatorischen Anforderungen hinausgehen.

Wie von der Kommission in der zukünftigen GAP nahegelegt wird, können diese Arten von Praktiken dazu beitragen, die erhöhten Umwelt- und Klimaziele in der Agrarpolitik zu erfüllen.

Wie im aktuell noch laufenden Programm könnten CA-Praktiken durch weitere Umwelt- und Klimamanagementverpflichtungen gefördert werden, die im Rahmen der ländlichen Entwicklung zur Verfügung stehen.

Geld für „Ökosystemdienstleistungen“ = Rettung für die Biodiversität?

.....

Von: Lucie Duboua-Lorsch | EURACTIV France | translated by Tim Steins



„Zahlungen für Ökosystemdienstleistungen sind kein Allheilmittel, sondern lediglich interessante Instrumente, die von anderen Maßnahmen begleitet werden müssen.“ [EPA-EFE/HARISH TYAGI]

Am heutigen Mittwoch startet der Weltgipfel zur Biodiversität. Dort sollen neue Maßnahmen diskutiert werden, um den Rückgang der Artenvielfalt aufzuhalten. Auf der Agenda steht auch die Idee der „Zahlungen für Ökosystemdienstleistungen“, die derzeit in Frankreich und im Rest Europas breit diskutiert wird.

[EURACTIV Frankreich berichtet.](#)

Beim heutigen UN-Biodiversitätsgipfel werden sich die teilnehmenden Diplomatinen und Diplomaten mit der Tatsache auseinandersetzen müssen, dass die Zahl der Wirbeltierpopulationen laut *Living Planet Index* zwischen 1970 und 2016 um zwei [Drittel zurückgegangen](#)

ist.

Darüber hinaus ist bereits klar, dass kein einziges der zwanzig Ziele, die beim letzten Biodiversitäts-Übereinkommen für den Zeitraum 2011-2020 verabschiedet wurden, erreicht werden wird. Am Ende des Jahres dürften wohl nur sechs Ziele teilweise erreicht sein.

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

Angesichts solch deprimierender Zahlen braucht es mehr als nachdrückliche Reden, um die Anstrengungen glaubwürdig erscheinen zu lassen.

In seinem Bericht [Living Planet 2020](#) drängt der WWF die Staaten, ihre Bemühungen um den Naturschutz zu verstärken, den Verbrauch von tierischen Proteinen um 50 Prozent zu reduzieren, die Verschwendung von Nahrungsmitteln zu bekämpfen und vor allem die Landwirtschaftsmodelle zu verändern, denn: „Die landwirtschaftliche Produktion ist für 80 Prozent der weltweiten Abholzung, 70 Prozent der Süßwassernutzung und 70 Prozent des Verlusts der Biodiversität an Land verantwortlich.“

Zahlreiche Reformvorschläge werden derzeit geprüft.

Einer davon ist die Idee von „Zahlungen für Ökosystemdienstleistungen“ (Payments for Environmental Services – PES). Einfach ausgedrückt bedeutet dies: die Landnutzer – Landwirte, Waldbesitzer oder -verwalter – werden für von ihnen im Sinne der Umwelt erbrachte Leistungen oder Maßnahmen bezahlt. Das Thema wird insbesondere in Frankreich, aber auch im Rest der EU heiß debattiert.

France Stratégie zum Beispiel erwähnte die Idee in seinem Bericht über „Die wirtschaftliche und ökologische Leistungsfähigkeit

der Agrarökologie“. Sogar Frankreichs Wirtschaftsrat, der dem Finanzministerium in Bercy angegliedert ist, stellte ihn in seinen September-Mitteilungen vor.

ENTWICKLUNGEN IN EUROPA

Dabei sind Zahlungen für „Ökosystemdienstleistungen“ gar nicht mal so neu: „Das erste Beispiel für PES geht auf das Jahr 1930 zurück. Damals gab es ein Programm der US-Bundesstaaten, um Landwirte auf bestimmten Arten von Farmen für die Erhaltung der Landschaft zu bezahlen,“ erklärt Yann Laurans, Direktor des Biodiversitäts- und Ökosystemprogramms am Institut für nachhaltige Entwicklung und internationale Beziehungen (IDDRI).

Während PES beispielsweise in Südamerika bereits weit entwickelt sind, um die Tropenwälder zu erhalten, erfolgen sie in Europa hauptsächlich in Form von Beihilfen für die Bauern. So sieht die schweizerische Landwirtschaftspolitik seit 2014 die Bezahlung von Hirten und Viehzüchtern für die Erhaltung von natürlichen Dauergrünland vor.

„Auch in Frankreich gibt es solche Maßnahmen“, betont Laurans. „Bereits 1990 schlossen die Industrien, die Trinkwasserquellen nutzen wollten, Verträge mit den Bauern in den Einzugsgebieten der Quellen ab, um den Nitratgehalt des Wassers zu senken.“

Während es sich damals

hauptsächlich um private Verträge handelte, wurde die Idee, staatliche Verträge nach PES-Art zu entwickeln, bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen in Frankreich wieder aufgegriffen. „Es handelte sich um eine Wahlkampfverpflichtung des Kandidaten Macron, die insbesondere darauf abzielte, die Bauern zu entschädigen. Die Idee verwandelte sich schließlich in eine Bitte um die Zuteilung zusätzlicher Mittel von Seiten der Wasserbehörden,“ erinnert Laurens.

Seit Februar 2020 wurden tatsächlich 150 Millionen Euro von den französischen Wasserbehörden bereitgestellt, um die von den Bauern erbrachten Ökosystemdienstleistungen zu „vergüten“. Um einen wirklichen Einfluss auf die biologische Vielfalt zu haben, ist die Reichweite der Maßnahme aktuell allerdings noch deutlich zu gering.

DIE ZUKUNFT DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK

Mit der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU sollen neue „eco-schemes“ eingeführt werden, die – ebenso wie die PES – darauf abzielen, Landwirte zu entlohnen, die nachhaltige Praktiken anwenden. „Diese Praktiken könnten die Einführung umweltfreundlicher Produktionssysteme wie Agrarökologie, Agrarforstwirtschaft und Bio-Landwirtschaft umfassen“, so ein [Bericht der Europäischen](#)

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Kommission.

„Der Rahmen für die ländliche Entwicklung umfasst außerdem Verpflichtungen zum Umwelt- und Klimamanagement, die darauf abzielen, Landwirte und andere Anspruchsberechtigte dafür zu entschädigen, dass sie sich freiwillig zu nachhaltigen Praktiken verpflichten,“ wird hinzugefügt.

Angesichts der Tatsache, dass die Umsetzung von PES nach wie vor komplex ist, ist es freilich überaus unklar, ob eine solche Maßnahme den Rückgang der Biodiversität in der gesamten EU aufhalten könnte. Laurans gibt zu bedenken: „Wenn sich diese Programme nicht weiterentwickeln, dann deshalb, weil sie viel Arbeit erfordern. PES-Musterverträge werden von Fall zu Fall ausgearbeitet und müssen perfekt an die lokalen Gegebenheiten angepasst werden.“

Es sei daher „sehr schwierig, dies effektiv und in großem Maßstab zu tun. Wenn Sie jedem einen Pauschalbetrag für etwas zahlen, das Sie nicht kontrollieren können, wird es schlichtweg nicht funktionieren.“

Eine weitere Schwierigkeit bei dieser Art von Zahlungssystemen sei ihre zeitliche Begrenzung.

Um jedoch ernsthafte Wirkung zu entfalten, müssen Hilfen über lange Zeiträume verteilt werden. Wie Aurélie Trouvé, Ökonomin bei AgroParisTech, in einem Artikel hervorhebt: „Die Systeme werden strengen Regeln folgen müssen. Die Beihilfen müssen jährlich gewährt, von der Produktion abgekoppelt und pro Hektar gezahlt werden.“

Ihr zufolge betont jedoch „der Europäische Rechnungshof in einem Bericht, dass es notwendig ist, sich auf mehrere Jahre zu verpflichten, um bestimmte Umwelt- und Klimavorteile zu erzielen“.

VIELE ANSÄTZE FÜR DIE BIODIVERSITÄT

Im Mai hatte die Europäische Kommission ihre ambitionierte [Biodiversitätsstrategie](#) vorgestellt, die eine 50-prozentige Reduzierung des Pestizideinsatzes bis 2030, die Pflanzung von drei Milliarden Bäumen und die Schaffung von

Schutzgebieten auf mindestens 30 Prozent der Landes- sowie 30 Prozent der Meeresfläche der EU vorsieht. Letzteres soll „durch rechtsverbindliche Ziele für die Wiederherstellung der Natur und strengeren Schutz der europäischen Wälder“ gesichert werden.

Aus Sicht des IDDRI-Mitarbeiters Laurans sind derartige Vorhaben essenziell wichtig, denn: „Zahlungen für Ökosystemdienstleistungen sind kein Allheilmittel, sondern lediglich interessante Instrumente, die von anderen Maßnahmen begleitet werden müssen.“

Gehört die Zukunft dem Feld auf dem Dach?

Von: Florence Schulz | EURACTIV.de



Planzeichnung des Berliner Konsortiums "Dachfarm": In Zukunft könnten landwirtschaftliche Nutzpflanzen in Glashäusern auf Dächern angebaut werden. Genügend Fläche gibt es - doch das Baurecht steht oft im Weg, [© Dachfarm Berlin]

Großstädte bieten Millionen Quadratmeter ungenutzte Dachflächen. Warum werden sie nicht zum Anbau von Lebensmitteln umfunktioniert? Das Potential scheint gewaltig, aber noch steckt das „Urban Farming“ in den Kinderschuhen.

Salat vom Dach des Supermarkts oder Tomaten von der Hochhausfassade? Was fiktiv klingt, ist in manchen Städten schon Realität,

wenn auch in kleinem Maßstab. Urban Farming ist kein neues, aber ein bislang kaum ausgeschöpftes Konzept.

Dabei könnte der Anbau von Obst und Gemüse in den kommenden Jahrzehnten einen Boom erleben. Schließlich wächst die menschliche Bevölkerung rasant an und siedelt sich zunehmend in Städten an. Schon jetzt sind es über die Hälfte, bis Mitte des Jahrhunderts dürften rund 66

Prozent der Menschen in Städten leben – bei einer Weltbevölkerung von 9,7 Milliarden.

Mehr Nahrungsmittel bedeutet auch entsprechend mehr Bedarf an landwirtschaftlicher Fläche. Doch bereits jetzt nimmt diese 42 Prozent der globalen Landfläche ein. Ein anderes Problem ist der Transport der Lebensmittel. Laut des Fraunhofer Instituts sind rund zwölf Prozent der landwirtschaftlichen Emissionen

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

allein darauf zurückzuführen.

SCHREBERGÄRTEN FÜR KRISENZEITEN

Könnte Urban Farming Teil der Lösung sein? Sicher ist: Neu ist die Idee nicht. Bis ins 19. Jahrhundert war der Anbau von Feldfrüchten innerhalb von Städten üblich. Als sie verschwanden, breiteten sich die privaten Schrebergärten aus.

Interessanterweise bildet sich ein Trend ab: Vor allem in Krisenzeiten boomt die Selbstversorgung in der Stadt. Oft mit Erfolg, wie das Beispiel Großbritannien zeigt: Im zweiten Weltkrieg lancierte die Regierung die „Dig for Victory“ Kampagne, infolgedessen bis zu fünfzig Prozent des Obst und Gemüses von der Bevölkerung in Schrebergärten produziert wurde. In Spanien stieg während der Wirtschaftskrise der Anteil von Kleingartenparzellen und Gemeinschaftsgärten zwischen 2006 und 2014 um das Sechsfache.

Neben dem privaten Anbau finden sich aber kaum Orte, an denen Landwirtschaft in größerem Maßstab in Städten stattfindet. Globale Ausnahme ist Havanna. Zwei Drittel des in der kubanischen Hauptstadt konsumierten Gemüses stammen aus dem Stadtgebiet selber – ein Erbe aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion, als die kubanische Regierung in

Versorgungsschwierigkeiten geriet und den städtischen Anbau förderte.

DACHGÄRTEN DER ZUKUNFT NUTZEN HAUSWÄRME UND REGENWASSER

In Europa steckt das Urban Farming noch in den Kinderschuhen. „Ich frage mich jeden Morgen, warum nicht viel mehr Städte darin investieren“, sagt Jörg Finkbeiner, Architekt und Mitbegründer des Berliner Netzwerkes „[Dachfarm](#)“. Das Konsortium besteht aus GärtnerInnen, AgrarwissenschaftlerInnen und ArchitektInnen, die gemeinsam Gewächshäuser für den Anbau von Nutzpflanzen in der Stadt planen.

Urban Farming sei das allerdings nicht, meint Finkbeiner, denn die meisten Gebäude eignen sich statisch nicht dazu: „Wenn man Nutzpflanzen in Kübel auf ein Dach stellt und bewässert, kommt man schnell auf 300 Kilogramm pro Quadratmeter. Das können die meisten Gebäude nicht tragen.“ Dachfarm setze daher auf möglichst leichte Dachkonstruktionen, die auf bestehende Gebäude gebaut werden. Darin wachsen die Pflanzen entweder in Substraten wie Bims, Lava oder Kompost, da diese deutlich leichter als Erde sind, oder auf hydroponischen Anlagen, bei denen die Nährstoffversorgung direkt

über eine Nährlösung erfolgt. Die gläsernen Gärten sollen möglichst effizient arbeiten, indem sie die Abwärme des Gebäudes nutzen, Regenwasser sammeln oder Grauwasser aus den Haushalten wiederverwerten.

Mit Dachfarm wolle man zeigen, dass sich die zunehmende Versiegelung in Städten und der Verlust von Ackerflächen nicht widersprechen, sagt Architekt Finkbeiner im Gespräch mit EURACTIV.de.

Vor allem gehe es darum, „dass die dringend benötigten Flächen auf dem Land für den weiteren Anbau von Nutzpflanzen wie Getreide frei werden“. Weitere Vorteile sind, dass mithilfe der Dachgärten verbrauchernah und sozusagen „on demand“ produziert werden kann, lange Transportwege oder die Lagerung der Lebensmittel entfallen. Nur sei eben nicht jede Art von landwirtschaftlichem Anbau statisch möglich, erinnert Finkbeiner. Außerdem gebe es vor allem aus baurechtlicher Sicht viele offene Fragen.

Genügend Fläche gibt es aber theoretisch: Einer Studie zufolge stünden allein in Berlin zwei Millionen Quadratmeter Dachfläche zur Verfügung.

Fortsetzung auf Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

BOLOGNA UND AMSTERDAM MIT GROSSEM POTENZIAL

Für Supermärkte oder Restaurants könnte der eigene Dachgarten durchaus ein attraktives Konzept sein. Es lohnt sich allerdings nicht für jeden, denn die Investitionskosten sind derzeit noch vergleichsweise hoch und die derart geernteten Lebensmittel teurer als konventionell produzierte.

Zu dem Ergebnis kommt auch eine Studie des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments (EPRS) von 2017: Städtische Landwirtschaft sei zwar „mit erheblichen ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Vorteilen verbunden“, könne die Artenvielfalt erhöhen und der Erhitzung von Städten entgegenwirken. Doch dies gehe auch mit hohen Betriebskosten, beispielsweise für Strom, einher, und stehe im Wettbewerb zu anderen Nutzungsarten, zum Beispiel für Solaranlagen. Außerdem, so der Bericht, drohten Spannungen zwischen „traditionellen und innovativen Landwirten“ und eine Erhöhung der Grundstückswerte.

Zur Frage, wie weit verbreitet Urban Farming in der EU ist, gibt es keine belastbaren Zahlen. Laut der EPRS-Auswertung könnte das Potenzial, je nach Stadt, aber gewaltig sein könnte. So könnten in Bologna mehr

als drei Viertel des dort verbrauchten Gemüses in Dachgärten angebaut werden. In Amsterdam, wo derzeit nur 0,0018 Prozent der Lebensmittel vor Ort produziert werden, könnten bis zu 90 Prozent des konsumierten Obst und Gemüses angepflanzt werden.

KOMMISSION PLANT KEINE EIGENE FÖRDERUNG

Diese Zahlen muten optimistisch an, denn sie würden wohl starker politischer Förderung bedürfen. In der derzeitigen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU sind Urban-Farming-Projekte zwar theoretisch mit Mitteln aus beiden Säulen sowie aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Fonds für Regionale Entwicklung finanzierbar – doch das liegt am Ermessen der Mitgliedsstaaten.

Weitere Förderung ist nicht in Aussicht: Die Kommission „plant derzeit nicht, Strategien für urbane Landwirtschaft über verschiedenen Regierungsebenen hinaus zu koordinieren“, so die Antwort des EU-Landwirtschaftskommissars Janusz Wojciechowski im Mai an das EU-Parlament. Derzeit arbeite man aber an einer Planungs-Studie zu dem Thema. Diese soll diesen Herbst abgeschlossen werden.

„Carbon Farming“ und der fehlende Zugang zum CO₂-Markt

.....

By *Natasha Foote* | EURACTIV.com



Carbon farming is a set of agricultural practices that result in increased storage of atmospheric carbon in the soil. [SHUTTESTOCK]

Das Konzept der Kohlenstoffsinken – ein Eckpfeiler der sogenannten regenerativen Landwirtschaft – gewinnt als Maßnahme sowohl für den Klimaschutz als auch für die zukünftige Anpassung an den Klimawandel wieder an Bedeutung.

Aus Sicht der EU ist das Potenzial des „Carbon Farming“, CO₂

Emissionen zu binden und gleichzeitig geschädigte landwirtschaftliche Böden zu regenerieren, mit Blick auf das Ziel Klimaneutralität bis 2050 positiv zu bewerten.

Um Klimaneutralität tatsächlich zu erreichen, hat die Kommission vorgeschlagen, das Ziel zur Emissionsreduzierung bis 2030 von 40 auf 55 Prozent zu erhöhen. Man

werde die gesamte Gesetzgebung überarbeiten, um sie diesem Zweck anzupassen.

Nutzpflanzen sind natürliche Senken für Kohlendioxid, die jedes Jahr rund 51 Milliarden Tonnen CO₂ aus der Atmosphäre „entfernen“ und im Oberboden speichern. Die landwirtschaftlich genutzten Böden in der EU enthalten rund 14 Milliarden

Fortsetzung von Seite 14

Tonnen Kohlenstoff im Oberboden, was deutlich mehr ist als die 4,4 Milliarden Tonnen Treibhausgase, die jährlich von allen 27 EU-Ländern zusammen ausgestoßen werden.

Gleichzeitig bewirkt die Kohlenstoffbindung die Wiederherstellung der organischen Substanz in den Ackerböden. Sie ist somit ein wahres „regeneratives Geschenk“, das die Bodenfruchtbarkeit biologisch steigern kann. Als Verfahren wurde „Carbon Farming“ bereits in die Liste zur Erhaltung von „gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand“ ([GLÖZ](#)) im Öko-System aufgenommen.

Insbesondere sollen laut den GLÖZ2-Vorschriften kohlenstoffreiche Böden wie Feucht- und Torfgebiete, die zuden wirksamsten Kohlenstoffsenken zählen, geschützt werden. Gemäß dem GAP-Reformvorschlag sollen die GLÖZ2 auf alle förderfähigen landwirtschaftlichen Flächen angewendet werden. Allerdings müssen die Mitgliedstaaten entsprechende Torf- und Feuchtgebiete durch die Erstellung einer spezifischen Kartografie auf Parzellenebene genau bestimmen.

Darüber hinaus könnten Wiedervernässungstechniken zur Behebung früherer Degradation entwässerter Torfmoore, [Paludikultur](#) oder andere landwirtschaftliche Praktiken, die zur Kohlenstoffbindung in diesen Gebieten führen, durch zusätzliche GAP-Zahlungen im Rahmen der angedachten eco-schemes sowie durch Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung finanziell unterstützt werden.

Der neue Vorstoß in Bezug auf Kohlenstoffsenken wird jedoch von einigen als Nebelkerze mit Blick auf die allgemeinen Ambitionen in den Klimazielen gesehen.

Umweltorganisationen haben den Plan der Kommission bereits kritisiert, die Kohlenstoffbindung im Boden in das Klimaziel einzubeziehen. Dies sei „ein buchhalterischer Trick“, um die Ziele für 2030 zu erreichen. „Sich bei der Erreichung der Klimaziele auf die Wälder zu verlassen, sendet das falsche Signal – nämlich, dass es in Ordnung ist, die Verschmutzung aufrechtzuerhalten, weil das Land sie schon irgendwie absorbieren wird,“ so Sam van den Plas, Policy Director bei der NGO Carbon Market Watch.

DAS CO2-MARKT-TABU

Der Plan, mehr CO₂ auf europäischem Ackerland und in den Wäldern zu speichern, sollte durch ein „robustes Zertifizierungssystem zur CO₂-Entfernung“ verfolgt werden, heißt es in der [jüngsten Aktualisierung des Klimagesetzes](#) der Europäischen Kommission.

Laut den Plänen zur Anhebung des Emissionsreduktionsziels auf mindestens 55 Prozent bis 2030 würde jedoch der Landwirtschafts- und Landnutzungssektor weiterhin aus dem CO₂-Markt des Blocks – dem Emissionshandelssystem ETS – ausgeschlossen bleiben.

Die EU-Landwirte konnten sich bisher nicht an den CO₂-Märkten beteiligen, obwohl sie durch die Speicherung von CO₂ in ihren Anbauflächen im ETS Gewinne erzielen könnten.

Die EU-Exekutive plant

dennoch lediglich, bis Juni 2021 mehrere Rechtsakte zu überarbeiten, wie beispielsweise die Verordnung über Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) und die Verordnung über die Lastenverteilung (Effort Sharing).

Um das „CO₂-Markt-Tabu“ für Landwirte zu überwinden, hat der Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments (COMAGRI) in seiner Stellungnahme zum Klimagesetz Vorschläge für ein System zur Kohlenstoffbindung im Boden aufgenommen, die durch die Einrichtung eines separaten Handelssystems für negative Emissionen unterstützt werden.

Die Bedeutung von Abscheidungen oder negativen Emissionen sei von größter Bedeutung – während gegenwärtig Abscheidungen und Emissionsminderungen auf den CO₂-Märkten gleich behandelt würden. Dabei sollte eine Tonne CO₂, die aus der Atmosphäre entfernt wird, einen anderen Preis erzielen als eine Tonne CO₂, die nicht in die Atmosphäre ausgestoßen wird, so die EU-Parlamentarier.

„Aus politischer Sicht bin ich der Meinung, dass die Kommission die Möglichkeit prüfen sollte, ein separates Handelssystem für negative Emissionen einzurichten“, so Asger Christensen, der liberale Europaabgeordnete, der die Stellungnahme verfasst hat. „Das ist unserer Meinung nach eine wichtige Botschaft, weil dadurch erhebliche Finanzmittel für den Klimaschutz generiert werden und Klima, Umwelt und Artenvielfalt profitieren könnten.“



Weitere
Informationen
zu *Special Reports*
von **EURACTIV...**

Kontaktieren Sie uns

Martina Paterniti
European Projects Manager
martina.paterniti@euractiv.com
tel. +32 (0) 02 788 36 83